

**Historikerbüro Rathke**

*Zeitreise-Seminar*

L.-Maximilian Rathke, M.A.

-freiberuflicher Historiker und Dozent-

## **Bilanz der ersten 100 Tage von Präsident Biden**

Skript zum Onlinevortrag  
am Freitag, dem 30. April 2021  
von 17.00 bis 18.30 Uhr

**"It's About Time"**

*There's a full moon over India and Gandhi lives again.  
Who's to say you have to lose for someone else to win?  
In the eyes of all the people, the look is much the same,  
For the first is just the last one when you play a deadly game.*

*It's about time we realize it, we're all in this together.  
It's about time we find out, it's all of us or none.  
It's about time we recognize it, these changes in the weather.  
It's about time, it's about changes and it's about time.*

*There's a light in the Vatican window for all the world to see  
And a voice cries in the wilderness and sometimes he speaks for me.  
I suppose I love him most of all when he kneels to kiss the land,  
With his lips upon our mother's breast, he makes his strongest stand.*

*It's about time we start to see it, the earth is our only home.  
It's about time we start to face it, we can't make it here all alone.  
It's about time we start to listen to the voices in the wind,  
It's about time, it's about changes and it's about time.*

*There's a man who is my brother, I just don't know his name.  
But I know his home and family because I know we feel the same.  
And it hurts me when he's hungry and when his children cry.  
I too am a father, and that little one is mine.*

*It's about time we begin it, to turn the world around.  
It's about time we start to make it, the dream we've always known.  
It's about time we start to live it, the family of man.  
It's about time, it's about changes and it's about time.*

*It's about peace and it's about plenty and it's about time,  
It's about you and me together and it's about time.*

[written by John Denver and Glen D. Hardin and performed by John Denver;  
Album "It's about time" von 1983]

***“And he is my opponent, not my enemy.”***

Ein Satz, wie aus der Zeit gefallen. Dabei ist es gerade –oder doch eher- immerhin schon 25 Jahre her, daß er am 15. August 1996 bei dem Republikanischen Nominierungsparteitag vom damaligen Präsidentschaftskandidaten, **Robert J. „Bob“ Dole**, in seiner Annahmerede zur Nominierung gesprochen wurde.

Was ist seit diesen Tagen passiert, daß es 2016 zu diesem unerwarteten Wahlergebnis gekommen ist, das einen Narzissten und Selbstdarsteller zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gemacht hat und dabei den USA und dem Rest der Welt unglaublich verstörende vier Jahre beschert hat, bis der Wahltag des Jahres 2020, der 3. November, kam, ging und erst nach vier Tagen einen Sieger brachte: **Joseph R. Biden Jr.?**

Der Kandidat der Demokraten sollte am 7. November 2020 die kritische Marke der mindestens erforderlichen 270 Wahlmänner überspringen und in die Pennsylvania Avenue 1600 als 46. Präsident der Vereinigten Staaten einziehen.

Aber so verstörend die Präsidentschaft des nun abgewählten 45. Präsidenten von 2017 bis zum Wahltag 2020 auch war, so verstörend, ja sogar besorgniserregend sollte die Übergangsphase zwischen Wahltag und Amtseinführung am 20. Januar dieses Jahres noch werden.

Dabei hatten politische Beobachter wie der Politikwissenschaftler **Torben Lütjen** in seinem Anfang 2020 erschienenen Buch<sup>1</sup> schon klar erkannt, daß ***„Trump niemals eine Niederlage akzeptieren wird. [...] Zweitens läßt sich mit ziemlicher Sicherheit prognostizieren: Trump wird keinen Staatsstreich durchführen.“***<sup>2</sup>

Wie prophetisch sollte sich Lütjens erste Vorhersage aus diesem Zitat bewahrheiten. Vom ersten Tag an, an dem die Niederlage des damals amtierenden Präsidenten feststand, sollte das juristische Team mit dem ehemaligen Bürgermeister von New York City, **Rudolph Giuliani**<sup>3</sup>, die Gerichte in den fraglichen Bundesstaaten mit einer Klagewelle gegen die angeblich gefälschten Wahlergebnisse überziehen. Zwei Klagen endeten sogar vor dem Supreme Court der Vereinigten Staaten, die aber beide eindeutig mit 0-9 Stimmen abgewiesen wurden.

Bis zum letzten Tag der Amtszeit des 45. Präsidenten weigerte sich dieser die Niederlage mit einer formellen ***„Concession Speech“*** anzuerkennen und damit auch die

---

<sup>1</sup> Lütjen, Torben; Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, Darmstadt 2020

<sup>2</sup> Lütjen; a.a.O., S. 189

<sup>3</sup> Derselbe Giuliani, der 2001 seine Stadt durch die Zeit nach den Terroranschlägen vom 11. September führte und dafür überparteilich Zuspruch bekam.

Übergangsphase für den gewählten aber noch nicht ins Amt eingeführten Präsidenten, **Joseph R. Biden**, zu begleiten.

Ganz im Gegenteil –und da weiche ich in der Einschätzung von Torben Lütjens Prognose ab- sollte der nunmehrige ausscheidende Präsident seine Anhänger, die am 6. Januar 2021 in Washington versammelt waren, dazu aufrufen, zu den im Kapitol tagenden Abgeordneten und Senatoren unter Vorsitz des damaligen Vizepräsidenten **Michael Pence** zu gehen und die endgültige Zertifizierung des Ergebnisses zu verhindern, das **Joseph R. Biden** zum 46. Präsidenten machen sollte.

Was dann geschah, hat nicht nur die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten, sondern auch die internationale Öffentlichkeit zutiefst geschockt. Galt doch der friedliche und stilvolle Machtwechsel als so zum amerikanischen politischen System gehörend wie der Hummer zum Neuenglandstaat Maine oder der Cowboyhut zu Texas!

Besonders verstörend dabei war sicher die bewusste Inkaufnahme des Todes seines Vizepräsidenten, da die radikalsten Anhänger des 45. Präsidenten, die das Kapitol stürmten, die Aufforderung **“Hang Pence“** (also: „*Hängt Pence!*“) riefen.

Es ist schwer vorstellbar, daß der unterlegene Präsident keine Vorkehrungen für den Fall getroffen hatte, daß die Erstürmung für ihn hätte erfolgreich ausgehen können. Hierbei stellt sich aber die Frage, ob das Militär dem damals Noch-Oberbefehlshaber zur Seite gestanden hätte. Aber die Frage nach Staatsstreichplänen, die dem 45. Präsident möglicherweise vorlagen, liegt nahe. Zumindest war die Situation ziemlich brenzlich, und es hätte meines Erachtens zu noch schlimmeren Zuständen nach dem **“Incitement to a Coup“**<sup>4</sup> kommen können. Auf alle Fälle hatte sich im Endeffekt die amerikanische Demokratie doch als wehrhaft erwiesen, was auch Vizepräsident Pence zu verdanken war, der nach der Beruhigung der Situation im Parlamentsgebäude die Auszählung der Stimmen und Einsprüche von republikanischen Abgeordneten und Senatoren souverän abhandelte, wie u. a. auf CNN zu verfolgen war.

Der 20. Januar 2021 kam also und brachte die Amtseinführung des 46. Präsidenten, **Joseph R. Biden Jr.**, und zudem die Tatsache, daß nach 152 Jahren wieder ein abgewählter Amtsinhaber **„die Amtseinführung des neuen amerikanischen Präsidenten (oder der Präsidentin) schwänzt(e).“**<sup>5</sup> Es trat also genau das ein, was Torben Lütjen in seinem schon zitierten Buch genauso beschrieben hatte.

Nachdem **Joseph R. Biden** am 20. Januar 2021 um 12 Uhr mittags vor dem Kapitol der Vereinigten Staaten in sein neues Amt eingeführt worden war und seine

<sup>4</sup> Siehe Medienberichte über die Ereignisse des 6. Januars 2021 z. B. bei CNN.

<sup>5</sup> Lütjen; a.a.O., S. 190

Amtseinführungsrede gehalten hatte, in der er nachdrücklich auf die Herausforderungen für die Vereinigten Staaten hinwies und seine Landsleute zur Einheit aufrief, berichtete der Washingtoner Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, **Hubert Wetzel**, in seinem Artikel vom 23. Januar unter dem Titel *„So setzt Biden den Ton für seine Präsidentschaft“* von den ersten 60 Stunden des neuen Präsidenten im Amt, dem sog. *„Day One“*, der *„Ziele und Prioritäten umreißen soll.“*

Dabei verweist Wetzel darauf, daß zu früheren Zeiten die ersten 100 Tage für die Durchsetzung einer Agenda von Prioritäten im Amt gegolten hatten. Nun sei der Zeitraum *„auf die ersten zwei, drei Amtstage geschrumpft“*. Oder anders ausgedrückt: Man zieht einfach schon nach einer sog. *„Day One Agenda“* eine erste Bilanz, die allerdings nicht mehr aussagen kann, als *„den Ton für die neue Präsidentschaft zu setzen und ihre Ziele und Prioritäten zu umreißen.“*

Die ersten 100 Tage, die für Präsident Biden am 29. April zu Ende gegangen sind, hatte das erste Mal als Beginn einer Präsidentschaft der Parteifreund Bidens und Amtsvorgänger **Franklin D. Roosevelt** ausgerufen<sup>6</sup>, als dieser nach einer noch längeren Übergangszeit am 4. März 1933 mitten in der Großen Depression Nachfolger des glücklosen **Herbert Hoover** wurde. Roosevelt sollte in diesen ersten 100 Tagen Notstandsmaßnahmen in einer Rekordzeit durch den Kongress bringen, um die Folgen der Großen Depression im Zuge des Börsenkrachs von 1929 und der sich anschließenden Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen<sup>7</sup>. Seit Roosevelt hatten sich die ersten 100 Tage für einen neuen Präsidenten im Amt eingebürgert, die auch als sog. *„honeymoon period“* (Flitterwochen) bezeichnet und nach denen dann eine erste Bilanz zur Politik des neuen Präsidenten gezogen wurde. Aber wirklich bedeutend waren sie in den seltensten Fällen.

Doch diese gegenwärtige Situation in den Vereinigten Staaten ist eine ganz andere. Joseph Biden tritt die Nachfolge eines Präsidenten an, der in den letzten vier Jahren chaotisch-verstörend die Vereinigten Staaten regiert hat – sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Allein schon aufgrund dieser Tatsache hat es Biden mit einer mehrfachen – vierfachen- Krise zu tun, in der sich die Vereinigten Staaten befinden:

1. eine Pandemie, die mehr als 500.000 Amerikanern das Leben gekostet hat;
2. eine Flut an Naturkatastrophen, die durch den Klimawandel verschärft werden;

---

<sup>6</sup> Franklin Delano Roosevelt, Democrat, 4. März 1933 bis 12. April 1945, rief in einer Radiobotschaft im Juli 1933 den Beginn seiner Amtszeit als *„first hundred days“* aus.

<sup>7</sup> Hirsh, Michael; The Most Vital 100 Days Since FDR. Just like Roosevelt, Biden must show that government still works, in: Foreignpolicy.com vom 12. April 2021, abgerufen am 17. April 2021

3. eine Wirtschaft, die Millionen von Arbeitsstellen verliert [und das auch im Zusammenhang mit der Pandemiekrise];
4. eine ziellose Außenpolitik, die die Führungskraft der USA in Zweifel zieht.

So wie bei Franklin Roosevelt so ist es bei Joseph Biden wichtig gewesen, in diesen ersten 100 Tagen zu zeigen, daß die Tätigkeit des Regierungssystems immer noch funktioniert – wichtig für die eigenen Mitbürger und für das Ausland<sup>8</sup>.

Es gibt aber immerhin einen großen Unterschied zwischen der Situation von 1933 und der von 2021: während Franklin D. Roosevelt es mit einem Kongress zu tun hatte, in dem aufgrund der Mehrheitsverhältnisse die Gesetzespakete des Präsidenten sehr leicht passierten, muss sich Joseph Biden mit einer dünnen Mehrheit „*seiner*“ Demokraten im Repräsentantenhaus und mit einem „*tie*“ im Senat auseinandersetzen<sup>9</sup>. Dieser kann nur durch die Vizepräsidentin als gleichzeitiger Senatspräsidentin in entscheidenden Abstimmungen aufgebrochen werden<sup>10</sup>. Die Polarisierung des Landes zeigt sich vor allem auch in den beiden Parlamentskammern.

Und nicht nur die Situation im Kongress unterscheidet sich fundamental zu der, mit der es Franklin D. Roosevelt zu tun hatte, sondern auch die Haltung der Öffentlichkeit zum neuen Präsidenten war 1933 eine andere: es gab keinen Aufruhr am Kapitol und wenn, dann haben nur wenige die Legitimität Roosevelts als neuen Präsidenten angezweifelt.

Aber die wichtigste Frage bei diesem Thema ist doch, ob die ersten 100 Tage von Präsident Biden erfolgreich waren. Und tatsächlich sehen zwölf Präsidentschaftsexperten<sup>11</sup> von amerikanischen Universitäten, daß diese ersten 100 Tage *“mostly successful“* waren, *“even as he [Biden] has failed to bridge the partisan gap left over from the bitterly divisive Trump years.“*

Um eine hinreichende Bilanz der ersten 100 Tage von Präsident Biden zu ziehen, sollten wir vielleicht noch einmal auf die Ankündigungen der Wahlkampagne Biden/ Harris schauen:

---

<sup>8</sup> Roosevelts Vorgänger, Herbert Hoover, bekam die Krise nicht in den Griff; nicht weil er so unfähig war wie Bidens Vorgänger, sondern weil er ähnlich wie Reichskanzler Heinrich Brüning (1930-32) an alten wirtschaftspolitischen Konzepten festhielt (Deflations- und Sparpolitik)

<sup>9</sup> Mehrheitsverhältnisse im Kongress 1933-35: Repräsentantenhaus: 310 Demokraten : 117 Republikanern : 5 anderen; Senat: 60 Demokraten : 35 Republikanern : 1 anderen und dagegen die Verhältnisse im Kongress von 2021-2023: Repräsentantenhaus: 221 Demokraten : 210 Republikanern; Senat 50 Demokraten : 50 Republikanern.

<sup>10</sup> Wenn eine einfache absolute Mehrheit ausreichend ist. Bei einer Mehrheit von mindestens 60 Senatoren sind Bidens Demokraten auf zehn Republikaner angewiesen. Daß das schwer zu erreichen ist, haben wir erst kürzlich beim Scheitern des Gesetzes zur Einsetzung einer überparteilichen Kommission zur Aufarbeitung der Vorgänge vom 6. Januar 2021 gesehen. Bei einer Abwesenheit von 11 Senatoren erreichten die Demokraten gerade einmal ein 54-35-Ergebnis für eine solche Kommission.

<sup>11</sup> U. a.: Sidney Milkis, University of Virginia; Sean Wilentz, Princeton University; Richard Immerman, Temple University; Joseph Ellis, Mount Holyoke College, Massachusetts; Lara Brown, George Washington University.

## 1. sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch;

## 2. Klima, Immigration und Waffenbesitz.

### 1. sozial-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch:

#### a. Gesundheitspolitik:

- Fortführung und Ausbau von Obamas „*Affordable Care Act*“, dem sog. „*ObamaCare*“;
- Einführung einer sog. „*public option*“, indem neben den privaten Krankenversicherungen auch eine öffentliche angeboten werden soll;
- zukünftig soll es eine freie Entscheidung der Bürger geben, ob sie öffentlich oder privat versichert sind [*“You can sign up and get this other plan,” he (Biden) said. “But if you like (your private insurance), you’re able to keep it.”*<sup>12]</sup>

#### b. Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik:

- Ausbau des Sozialhilfebereichs zur Bekämpfung der wachsenden Armut;
- Warnung vor „*Dämonisierung von Reichtum*“ und gleichzeitig Ablehnung einer „*massiven Umverteilung der Einkommen*“;
- Politik zur Stärkung der Mittelschicht; [*“Boosting the middle class is one of the main pillars of Biden’s campaign. He often says the country needs to build an economy that ‘rewards work, not just wealth.’*”<sup>13]</sup>
- Rückgängigmachung der Steuerreform des 45. Präsidenten;
- Anhebung des Mindestlohns von \$ 7,50 auf \$ 15,00; [*“Biden wants to repeal the tax cuts enacted by the Trump administration and is pushing for a \$15 minimum hourly wage (...)”*<sup>14]</sup>
- eine stärkere Regulierung des Niedriglohnsektors;
- Widerstand gegen Forderungen der Parteilinken für ein „*progressives Steuersystem und eine Reichensteuer*“.

### 2. Klima, Immigration und Waffenbesitz:

#### a. Klima und Umweltpolitik:

- Ziele Bidens in der Klimapolitik sind sowohl eine komplette Umstellung auf regenerative Energien als auch eine ebensolche Reduzierung der Treibhausgase bis zum Jahr 2050;

<sup>12</sup> Zit. n.: <https://edition.cnn.com/election/2020/candidate/biden>, abgerufen am 10. September 2020

<sup>13</sup> Ebenda

<sup>14</sup> Ebda

- Infrastrukturplan für die Modernisierung der Straßen und der Wasserversorgung;
- Investitionen in Elektromobilität;
- Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;

b. Einwanderungspolitik:

- illegale Einwanderung nicht per se zu entkriminalisieren; [***"In an interview with CNN in July 2019, Biden said he opposes decriminalizing crossing the border without documentation, something other candidates in the field have supported. 'I think people should have to get in line, but if people are coming because they're actually seeking asylum, they should have a chance to make their case,' Biden said."***<sup>15]</sup>
- Einführung eines gerechten Einwanderungssystems;
- Rückgängigmachung der Abschiebung von illegalen Einwanderern durch den 45. Präsidenten; [***"undocumented immigrants with no criminal records 'should not be the focus of deportation.'"'***<sup>16]</sup>
- Obama Dekret „*Deferred Action for Childhood Arrivals*“ vom Kongress in ein Gesetz umwandeln zu lassen;

c. Waffenbesitz/ Kriminalität:

- Verbot von vollautomatischen Waffen; [***"Biden said in August 2019 that he will push to ban so-called assault weapons if elected."***<sup>17]</sup>
- obligatorische Hintergrundüberprüfung bei Käufern von Waffen; [***"He supports universal background checks, and said assault weapons 'should be illegal.'"'***<sup>18]</sup>
- Verringerung der hohen Inhaftierungsrate verknüpft mit
- dem Ausbau der Reintegrations- und Präventionsmaßnahmen;
- Vorgehen gegen den strukturellen Rassismus bei der Polizei und im Justizsystem;

Schaut man sich diese ersten 100 Tage im Vergleich zu den Wahlkampfversprechen an, dann muss man Präsident Biden eindeutig zugestehen, daß er vor allem durch Taten überzeugen will und dabei auch überzeugt.

<sup>15</sup> Zit. n.: <https://edition.cnn.com/election/2020/candidate/biden>, abgerufen am 10. September 2020

<sup>16</sup> Ebda

<sup>17</sup> Ebda

<sup>18</sup> Ebda



Ganz vordergründig kann man den Erfolg seiner Administration an der Umsetzung des Wahlkampfversprechens festmachen, ein Kabinett zu bilden, das „*wie Amerika aussieht*.“<sup>19</sup> In Bidens Kabinett sind zwar immer noch viele Ivy-League<sup>20</sup>-Absolventen, aber der Anteil von Frauen und ethnischen Minderheiten „*ist historisch hoch*“<sup>21</sup>:

1. die erste Frau als Finanzministerin, die ehemalige Präsidentin der Federal Reserve, **Dr. Janet Yellen**;
2. die erste Frau mit indianischer Abstammung als Innenministerin, **Deb Haaland**;
3. der erste afro-amerikanischer Verteidigungsminister, **General retired Lloyd Austin**;
4. und drei Minister mit lateinamerikanischen Wurzeln.

In einem ebenfalls eher vordergründigen und sichtbaren Bereich setzte Joseph Biden sehr schnell einen neuen Ton und sich selbst von seinem Amtsvorgänger ab, wie der Redakteur der Süddeutschen Zeitung, **Johannes Korsche**, am 22. Januar 2021 aus dem Oval Office zu berichten wusste: „*Biden entfernt Trumps Cola-Knopf*“.

In seinem Artikel weist Korsche auf die sichtbare Neugestaltung des präsidialen Dienstzimmers hin, das nun nicht mehr von Churchills Büste oder dem Portrait **Andrew Jacksons**, sondern vom Portrait **Benjamin Franklins**, einer Büste **Harry S Trumans** und den Portraits von **Rosa Parks**, **Martin Luther King** und **Abraham Lincoln** geschmückt wird.<sup>22</sup> Um noch den Titel dieses erwähnten Artikels zu erklären: Biden ließ den Knopf sofort entfernen, den der 45. Präsident installiert hatte, um ein Glas Diät-Cola anzufordern, wenn ihm danach gelüstete. Dieses tat er wahrscheinlich weniger wegen einer eigenen Abneigung gegen das Getränk, sondern mehr wegen der Abneigung gegen das Prozedere, das die Betätigung des Knopfes auslöste: daraufhin musste nämlich ein Butler schleunigst mit einem Glas auf einem Silbertablett den 45. Präsidenten bedienen!

Eine weitere, nun aber substantielle Tat, mit der Biden seit seinem Amtsantritt deutlich punkten konnte, oder sich, um **Dirk Hautkapp**<sup>23</sup> zu zitieren, eine „*erste Fleißkarte*“ verdiente, ist die Bekämpfung der Corona-Pandemie.

<sup>19</sup> Wetzel; Hubert; So setzt Biden den Ton, Süddeutsche Zeitung

<sup>20</sup> Zur Ivy League gehören u.a. die Eliteuniversitäten Harvard, Yale, Princeton, Columbia.

<sup>21</sup> Wetzel; a.a.O.

<sup>22</sup> 7. Präsident der Vereinigten Staaten, Andrew Jackson, Demokrat, 1829-37; Benjamin Franklin = einer der Unterzeichner der Unabhängigkeitserklärung; 33. Präsident der Vereinigten Staaten, Harry S Truman, Demokrat, 1945-53; Rosa Parks = Bürgerrechtlerin, bekannt geworden durch ihre Weigerung, ihren Sitzplatz in einem Bus in Montgomery, Alabama, am 1. Dezember 1955 für einen weißen Fahrgast freizumachen; Martin Luther King = Bürgerrechtler, Geburtsname: Michael King Jr.; 16. Präsident der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, Republikaner, 1861-65.

<sup>23</sup> Hautkapp, Dirk; Biden drückt aufs Tempo, in: Braunschweiger Zeitung vom 28. April 2021

Bidens Versprechen war, daß 100 Millionen Dosen in den ersten 100 Tagen verimpft werden sollten. In der Tat wurde diese Zahl schon Mitte März erreicht, woraufhin der Präsident das Ziel auf 200 Millionen Dosen bis Ende April verdoppelte; dieses wurde dann aber schon am 21. April erreicht<sup>24</sup>.

Ein zweiter wichtiger Punkt seiner 100-Tage-Agenda ist der Erholungsplan für die amerikanische Wirtschaft, den Biden angekündigt und versprochen hatte. Dieser 1,9 Billionen Dollar schwere Plan besteht aus Finanzhilfen für Familien, Hilfen für Arbeitslose und Bedürftige, Mittel für Schulen und Universitäten und soll darüber hinaus wieder für Wachstum der US-Wirtschaft sorgen.

Am 10. März stimmte das von den Demokraten geführte Repräsentantenhaus diesem Gesetzespaket zu (220-211), nachdem am vorhergehenden Wochenende der Senat mit knapper Mehrheit seine Zustimmung gab, bei der Vizepräsidentin Harris als Senatspräsidentin die entscheidende Stimme hatte (51-50). Nur einen Tag später, am 11. März, trat das Gesetz durch die Unterschrift von Joseph Biden in Kraft. Das Investmentunternehmen **Goldman Sachs** *„predicted Biden’s stimulus plan might result in the fastest gross domestic product growth in decades.”*<sup>25</sup>

Außerdem setzte die Biden-Administration das um, was der damalige gewählte Präsident im Dezember 2020 angekündigt hatte, nämlich *„die Mehrheit unserer Schulen zum Ende meiner ersten 100 Tage wieder zu öffnen.”* Und noch neun Tage vor dem Ablauf der ersten 100 Tage, am 20. April, öffneten die Grund- und Mittelschulen<sup>26</sup> in mehr als der Hälfte der 101 größten Schulbezirke mit dem Angebot einer vollen 5-Tage-Woche im Präsenzunterricht. Allerdings sind einige Familien noch zögerlich, ihre Kinder in den Präsenzunterricht zu schicken<sup>27</sup>.

Nach diesen politischen Bereichen, in denen die neue Administration um den 46. Präsidenten ihre Versprechen gehalten und damit gezeigt hat, daß das Regierungssystem in den Vereinigten Staaten funktioniert, gibt es zwei weitere politische Bereiche bei denen die Ergebnisse noch ausstehen. Aber auch bei diesen gibt es schon vielversprechende Ansätze und Vorhaben.

Bleiben wir noch einmal in der Innenpolitik, da diese für den neuen Präsidenten von Beginn an besonders wichtig war: **das zusätzliche Billionen schwere**

<sup>24</sup> Subramaniam, Tara; Scoring Biden’s performance on 4 key campaign promises in first 100 days, in: <https://edition.cnn.com/2021/04/28/politics/biden-100-day-promises-scorecard/index.html>, abgerufen am 29. April 2021

<sup>25</sup> Subramaniam, Tara; a.a.O.

<sup>26</sup> Grundschulen = elementary schools; Mittelschulen = middle schools

<sup>27</sup> Nach Angaben des U. S. Department of Education kehrten nur 1/3 der Schüler vollständig in den Präsenzunterricht zurück, wenn diese Möglichkeit angeboten wurde. [vgl. CNN vom 28. April 2021]

**Infrastrukturprogramm**, mit dem Präsident Biden neue Arbeitsplätze schaffen und die Vereinigten Staaten modernisieren möchte. Das Programm umfasst 2,3 Billionen Dollar, und es verbindet in seiner Idee erstmals Struktur- und Konjunkturmaßnahmen mit Maßnahmen zum Klimaschutz.

So sollen das Straßen- und Brückennetz und die Flughäfen modernisiert werden, aber so soll vor allem auch in den öffentlichen Nahverkehr und die Elektromobilität investiert werden<sup>28</sup>. Auch der Breitbandausbau soll forciert und das Wasserversorgungssystem saniert werden. Sowohl durch das keynesianische Mittel des sog. „*deficit spending*“ als auch durch eine Erhöhung der Unternehmenssteuer soll dieses Programm gegenfinanziert werden:

*„Das Gesetz bietet eine faire Wirtschaft, die jedem eine Chance auf Erfolg gibt, um die stärkste, widerstandsfähigste und innovativste Volkswirtschaft der Welt zu schaffen, es ist kein Plan, der Kleinigkeiten ändern soll“*<sup>29</sup>, so Präsident Biden.

Zudem soll mit ca. 100 Milliarden Dollar die Produktion von Industriegütern in den Vereinigten Staaten gefördert werden, wobei Biden gut 50 Milliarden für die Produktion von Mikrochips ausgeben will.

Eine gewisse protektionistische Ausrichtung in dem Sinn, daß die Wirtschaft (und damit die Arbeitsplätze) in den Vereinigten Staaten gefördert und geschützt werden soll, ist auch hier bei Biden zu erkennen. Nun ist das sicher nicht sehr verwunderlich, da Präsidenten von der Demokratischen Partei von jeher eine eher protektionistische Handelspolitik im Sinne der Arbeitsplätze im eigenen Land betrieben haben. Die Gewerkschaften [AFL-CIO<sup>30</sup>] in den Vereinigten Staaten haben mindestens seit Franklin Roosevelts Zeiten immer eher die Demokraten unterstützt. Die Republikaner dagegen –ausgenommen der 45. Präsident– vertraten traditionsgemäß die Linie des Freihandels<sup>31</sup>.

So müsste also die Zielsetzung dieses von Biden geäußerten Plans den Republikanern entgegenkommen – eigentlich! Wenn da nicht erstens die schon angesprochene Polarisierung im politischen System wäre, die zur klaren Absage an diesen Plan durch den republikanischen

---

<sup>28</sup> Wie wichtig diese Investitionen sind, zeigt eine Analyse des CSIS vom 16. Februar 2021, in der zu Beginn festgestellt wird: *“The warning signs are everywhere. In Texas, a winter storm leaves millions of households without power. In Wisconsin, farmers are struggling to safely use modern equipment on roads that were built over 50 years ago. In Arizona, a century-old bridge partially collapsed last summer after a train derailed. In Florida, old pipes are leaking millions of gallons of sewage. America, the city on a hill, is crumbling“*. , Hillman, Jonathan E.; The United States’ Broken Infrastructure Is a National Security Threat, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Februar 2021

<sup>29</sup> Bidens Infrastrukturprogramm: *„Wir können es uns nicht leisten, es nicht zu tun“*, in: <https://www.faz.net> vom 31.3.2021, abgerufen am: 25. April 2021

<sup>30</sup> Die **American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO)** ist der mitgliederstärkste Gewerkschafts-Dachverband der USA und Kanadas. Er hat 56 nationale und internationale Mitgliedsorganisationen, die zusammen 12,7 Millionen (Stand: September 2014) Organisierte vertreten. Die AFL-CIO ist Mitglied des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). In der Mitgliederliste des IGB wird die Mitgliedschaft mit 8.400.000 angegeben (Stand: November 2017), in: **Wikipedia**, abgerufen am 28. Mai 2021

<sup>31</sup> So ging z. B. das North American Free Trade Agreement (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko auf den 41. Präsidenten, George H. W. Bush, Republikaner, 1989-93, zurück.

Minderheitsführer im Senat, **Mitch McConnell**, führte. Ein weiterer Punkt, der diesen republikanischen Widerstand eher befeuerte, ist die geplante Unternehmenssteuererhöhung, die dieses Gesetzespaket gegenfinanzieren soll. Und da sich die Republikaner als die Partei der Wirtschaft und der Unternehmer sehen, wird dieser Teil des Gesetzesvorhabens nicht gut bei der Opposition im Kongress ankommen.

Es liegt also eine große Aufgabe vor dem 46. Präsidenten, sein Investitionsprogramm vor allem auch durch den Senat zu bekommen, da er wohl mindestens ca. zehn republikanische Senatoren benötigt. Es wäre wichtig, daß dieses Infrastrukturprogramm auch wirklich durch den Kongress kommt und umgesetzt werden kann<sup>32</sup>.

Es hat **erstens** eine wichtige **innenpolitische Funktion**: die Überwindung des Grabens in den Vereinigten Staaten zwischen Arm und Reich und damit verbunden auch zwischen den urbanisierten Zentren um Boston, Washington, DC, New York, Chicago, Detroit, Atlanta, Miami und Los Angeles und der ländlichen Bevölkerung im Mittleren Westen<sup>33</sup>, in den „*Great Plains*“<sup>34</sup> und in den Rocky Mountain-Staaten<sup>35</sup>. Vor allem in diesen eher ländlichen Gegenden<sup>36</sup> gibt es noch eine große Zahl von Anhängern des 45. Präsidenten. Das hält die republikanische Partei in einer Art „*babylonischer Gefangenschaft*“ zu „*ihrem*“ ehemaligen Präsidenten, auch wenn es in Teilen durchaus Absetzbewegungen gibt, wenn auch nicht auf der Führungsebene der Partei in beiden Häusern des Kongresses<sup>37</sup>.

Die **zweite** Funktion ist eine **außenpolitische**. Um es angelehnt an den ehemaligen deutschen Botschafter in Washington während Obamas und des 45. Präsidenten Amtszeit, **Dr. Peter Wittig**<sup>38</sup>, auszudrücken: kann aufgrund des bevorstehenden Systemwettbewerbs zwischen demokratischen und autoritären Regimen (Rußland, Türkei, Nordkorea, aber auch nicht zuletzt China) eine erfolgreiche Umsetzung dieses innenpolitischen Programms auch

<sup>32</sup> Siehe hierzu in Fußnote 28 die angesprochene Analyse des CSIS.

<sup>33</sup> Wisconsin, Michigan, Ohio, Indiana, Kentucky, Illinois, Missouri, Iowa, Minnesota

<sup>34</sup> Oklahoma, Kansas, Nebraska, North and South Dakota

<sup>35</sup> Idaho, Montana, Wyoming, Nevada, Utah, Colorado, Arizona, New Mexico

<sup>36</sup> Das Wahlergebnis von 2020 weist von den für den ländlichen Raum genannten 22 Staaten immerhin 14 aus, in denen der 45. Präsident den Sieg davontragen konnte.

<sup>37</sup> So positionierten sich die Senatoren **Mitt Romney** (Utah), **Susan Collins** (Maine) und **Lisa Murkowski** (Alaska) im Senat ganz eindeutig gegen den 45. Präsidenten; und im Repräsentantenhaus vor allem die Tochter des ehemaligen Verteidigungsministers und Vizepräsidenten **Richard Cheney**, **Liz Cheney** (Wyoming). Letztere bezahlte für die klare Opposition zum ehemaligen Präsidenten mit dem Verlust ihres Postens als „*Republican Conference Chairwoman*“ im Repräsentantenhaus, indem sie durch die Anhängerin des 45. Präsidenten, **Elise Stefanik**, ersetzt wurde.

Auch der ehemalige Präsident des Repräsentantenhauses, **Paul Ryan** (Wisconsin), hat sich jüngst in einer Rede in der Reagan Library deutlich vom 45. Präsidenten abgesetzt. Er warnte seine Partei davor, weiter den Populismus des 45. Präsidenten zu verfolgen und rief die G.O.P. auf, zu den eigentlichen konservativen Werten zurückzukehren. [siehe: Daniella Diaz; Paul Ryan enters GOP's civil war by criticizing Trump's hold on party, in: <https://edition.cnn.com/2021/05/27/politics/paul-ryan-donald-trump-gop-reagan-presidential-library-republicans/index.html>, 28. Mai 2021, abgerufen am 28. Mai 2021]

<sup>38</sup> Vergleiche den „*Atlantik Talk 24*“ zu 100 Tagen Präsident Biden: [https://ata-dag.de/podcast/atlantik-talk/wittig\\_peter/13051/](https://ata-dag.de/podcast/atlantik-talk/wittig_peter/13051/)

dazu dienen, die Führungsrolle der USA unter den demokratischen Nationen wiederzuerlangen und zu zeigen, daß die Demokratie als Staatsform in allen Bereichen doch den autoritären Regimen überlegen ist [, *We have to earn back our leadership of the West.*“ (Joseph Biden)]<sup>39</sup>.

Und damit kommen wir auch schon zum letzten Politikfeld, das für den 46. Präsidenten wichtig ist, auch wenn vor dem Hintergrund der innenpolitischen Krisen die Innenpolitik in den nächsten vier Jahren den größten Platz<sup>40</sup> einnehmen wird: **die Außenpolitik.**

Um auch hier auf die Bemerkungen des deutschen Botschafters Dr. Peter Wittig beim Atlantik Talk der Deutschen Atlantischen Gesellschaft zurückzugreifen, ist es ganz eindeutig, daß Präsident Biden es mit der multilateralen Rhetorik ernst meint. Er ist „*ein fast aus der Zeit gefallener Freund der NATO*“<sup>41</sup>. Dabei ist aber auch klar, daß Europa eine wichtige Stimme in Washington sein wird, allerdings weniger wichtig als früher, vor allem im Vergleich gegenüber Asien. Die USA werden aufgrund der chinesischen Herausforderung sowohl transatlantisch aber eben auch transpazifisch orientiert sein, wobei der transpazifischen Richtung eine besondere Bedeutung in Zukunft zukommen wird.

Dabei wird das Verhältnis zu China von deutscher und europäischer Seite auch zu einer Art Lackmustest im transatlantischen Bündnis werden. Wie Wittig betonte, sollte sich Europa nicht mehr erlauben, eine Art Äquidistanz zwischen den USA und den autoritären Regimen wie Rußland und China einzunehmen. Dabei ist die Frage, inwieweit Europa – speziell Deutschland – bereit ist, der antichinesischen Partnerschaft im Indopazifik in Gestalt der Vierer-Gruppe aus USA, Japan, Australien und Indien beizutreten, die aus Sorge vor einer chinesischen Hegemonie auf Bidens Initiative hin entstanden ist.

Und vor allem für das deutsch-amerikanische Verhältnis sind in diesen ersten 100 Tagen positive Zeichen aus Washington über den Atlantik gekommen:

*“From the very first day a basic tenet of the Biden-Harris administration has been reengaging and consulting with friends and partners like Germany, early and often,” Robin Quinville, the top US diplomat in Germany told DW [Anm.: Deutsche Welle] ‘[Cooperation] is the foundation of our collective security and our shared prosperity.’”<sup>42</sup>*

[Übersetzung: „Seit dem ersten Tag ist es ein Grundgedanke der Biden-Harris-Administration gewesen, sich Freunden und Partnern wie Deutschland wieder zu verpflichten und zu beraten, frühzeitig und oft“, sagte Robin Quinville, die oberste US-Diplomatin in

<sup>39</sup> Eine Stärkung des „Westens“, dessen Wurzeln wir uns hoffentlich im Herbst dieses Jahres in einem dritten Anlauf in einem Präsenzseminar weiter widmen wollen.

<sup>40</sup> Auf eine gewisse Weise werden wir es ganz sicher mit einem sog. „*inward-looking America*“ zu tun haben, das aber anders als unter Bidens Vorgänger seine außenpolitischen Verpflichtungen nicht vergessen wird.

<sup>41</sup> Botschafter Wittig beim Atlantik Talk 24, in: a.a.O.

<sup>42</sup> Germany, US race to improve relations in Biden's first 100 days, in: <https://www.dw.com/en/germany-us-race-to-improve-relations-in-bidens-first-100-days/a-57341703>, abgerufen am 30. April 2021

Deutschland, gegenüber der DW. "[Zusammenarbeit] ist die Grundlage unserer kollektiven Sicherheit und unseres gemeinsamen Wohlstands."

Vor allem auch die Rücknahme der Entscheidung seines Vorgängers, Truppen aus Deutschland abzuziehen und stattdessen 500 Soldaten mehr in Deutschland zu stationieren, ist ein hoffnungsvolles Zeichen für eine Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach vier verstörenden Jahren.

Aber andererseits erwartet die Biden-Administration auch ein gewisses Entgegenkommen von der deutschen Seite:

***"The trust gap that Trump pried open across the Atlantic has left countries like Germany hesitant to respond to Biden's outreach, Jackson Janes, a senior fellow at the German Marshall Fund, told DW. But, he said, they need to.***

***'If you don't, it will only undermine the president that you think you want to have in the White House for the next four years,' Janes said, wary of a Trump-like challenger in 2024. His message to Germany: 'Do something.'***<sup>43</sup>

[**Übersetzung:** „Die Vertrauenslücke, die Trump über den Atlantik hinweg geöffnet hat, hat Länder wie Deutschland zögerlich zurückgelassen, auf Bidens Kontakt zu antworten“, sagte Jackson Janes, Senior Fellow beim German Marshall Fund, der DW. Aber, sagte er, sie müssen es. „Wenn Sie das nicht tun, wird es nur den Präsidenten untergraben, von dem Sie glauben, dass sie ihn die nächsten vier Jahre im Weißen Haus haben möchte“, sagte Janes, argwöhnisch vor einem Trump-ähnlichen Herausforderer 2024. Seine Botschaft an Deutschland: 'Tu etwas.'"]

Zumindest beim Koordinator für transatlantische Fragen im Kanzleramt, **Peter Beyer**, ist die Erkenntnis angekommen, daß es unbedingt nötig ist, daß Europa ein starker Partner für die neue Administration im Weißen Haus sein wird.

Aber: ***"Unity in Europe takes too long. We need to lead the way, and make decisions and implement them. Otherwise, this window of opportunity will close faster than we can imagine."***<sup>44</sup>

[**Übersetzung:** „Einigkeit in Europa dauert zu lange. Wir müssen den Weg vorangehen, Entscheidungen treffen und umsetzen. Andernfalls schließt sich dieses Zeitfenster<sup>45</sup> schneller, als wir uns vorstellen können.“]

Und weiter heißt es in dem Artikel der Deutschen Welle:

***"Beyer, a member of Merkel's conservative CDU/CSU parliamentary group, is one of several German policymakers to come out against the Nord Stream 2 pipeline or soften their support for it. Merkel's government has stuck by the project, which may double Russian gas sales to Germany. Biden is holding off on harsher sanctions. Both sides say they do not want the dispute to overshadow an otherwise strong relationship."***<sup>46</sup>

[**Anmerkung:** „Beyer, Mitglied von Merkels konservativer CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist einer von mehreren deutschen Politikern, die sich gegen die Nord Stream 2-Pipeline aussprechen oder ihre Unterstützung dafür aufweichen. Merkels Regierung hat an dem Projekt festgehalten, das den russischen Gasabsatz nach Deutschland verdoppeln

<sup>43</sup> Germany, US race to improve relations in Biden's first 100 days, in: <https://www.dw.com/en/germany-us-race-to-improve-relations-in-bidens-first-100-days/a-57341703>, abgerufen am 30. April 2021

<sup>44</sup> Ebenda

<sup>45</sup> „window of opportunity“ bedeutet eigentlich in wörtlicher Übersetzung: *Fenster der Gelegenheit*.

<sup>46</sup> Ebda.

*könnte. Biden hält an schärferen Sanktionen fest. Beide Seiten sagen, sie wollen nicht eine ansonsten starke Beziehung durch den Streit überschatten.“]*

Das im letzten Satz des Zitats Ausgedrückte ist für das deutsch-amerikanische Verhältnis eine gute Nachricht. Beiden Seiten ist an einer dauerhaften guten Beziehung über den Atlantik hinweg gelegen. Aber vor allem auch nach der kommenden Bundestagswahl wird es für beide Seiten absolut notwendig sein, sich zu fragen, „**wie, wo und warum wir einander brauchen**“, wie es schon der zitierte **Jackson Janes** im Gespräch mit der Deutschen Welle auf den Punkt gebracht hat.

Dem 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten, **Joseph R. Biden Jr.**, ist in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit ein guter Start geglückt, mit dem vor allem die Pandemiesituation in den Griff bekommen<sup>47</sup> und der Wirtschaft mit einem Hilfsprogramm noch einmal unter die Arme gegriffen wurde.

Die Mehrheit der befragten Amerikaner ist mit ihrem Präsidenten zufrieden<sup>48</sup>:

Präsident	Zustimmung in den ersten 100 Tagen
Joseph R. Biden, Demokrat, 20.1.-29.4.2021	52%
Donald J. Trump, Republikaner, 20.1.-29.4.2017	42%
Barack H. Obama, Demokrat, 20.1.-29.4.2009	69%
George W. Bush, Republikaner, 20.1.-29.4.2001	63%

Diese Zahlen zeigen, daß Biden in der Zustimmung deutlich vor seinem Amtsvorgänger in diesem Zeitraum liegt. Allerdings wird auch hier die Spaltung des Landes sehr evident, da Biden mit seiner 52% Zustimmungquote nicht nur deutlich hinter Obama, dem er als Vizepräsident diente, sondern auch hinter **George W. Bush** liegt.

Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß die Wahl Bushs lange umstritten war<sup>49</sup>. Der 43. Präsident schaffte es dennoch in den ersten 100 Tagen, auch bei den demokratischen Anhängern zu punkten. Die Polarisierung des Landes war 2001 noch nicht so fortgeschritten, wie sie letztlich durch die vier letzten, verstörenden Jahren immer mehr ausgeweitet wurde.

Für Biden bleibt möglicherweise nur ein sehr enges Zeitfenster, um die dargelegte, sehr ehrgeizige, aber auch notwendige Agenda durchsetzen zu können, da schon wieder 2022

<sup>47</sup> Man muss zugestehen, daß die benötigte Menge an Impfstoffen schon am Ende der Amtszeit von Bidens Vorgänger bestellt und teilweise geliefert worden war.

<sup>48</sup> vgl. Mehrheit der Amerikaner mit Präsident Biden zufrieden, in: <https://www.faz.net/aktuell/politik/von-trump-zu-biden/mehrheit-der-amerikaner-mit-praesident-biden-zufrieden-17311200.html>, abgerufen am 30. Mai 2021

<sup>49</sup> Es sei an den Wahlkrimi von Florida vom Wahltag im November bis zur Entscheidung des Supreme Courts in Washington im Dezember 2000 erinnert.

die nächsten Wahlen anstehen, bei denen das gesamte Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats gewählt werden. Die Mehrheitsverhältnisse können sich zugunsten der Republikaner drehen, die sich vor allem aus wahltaktischen Gründen noch immer nicht von ihrem ehemaligen Präsidenten gelöst haben.

Es ist also an der Zeit, mit den geplanten Reformen voranzukommen! *It's about time.*